

# DIE MILITANTE LINKE IN DEUTSCHLAND

## Eine Annäherung

**KARSTEN DUSTIN HOFFMANN** || Während Politik und Wissenschaft darüber streiten, ob „Linksextremismus“ ein legitimer Begriff ist, gehen von linken militanten Gruppen nahezu täglich Sachbeschädigungen und Körperverletzungen aus. Davon betroffen sind keineswegs nur Rechtsextremisten, sondern in vermehrtem Maße auch demokratische Parteien. Die militante Linke wächst und sollte daher Thema eines gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskurses sein.

### EINLEITUNG

Linksextremismus ist ein umstrittener Begriff. Ob zu Recht oder zu Unrecht soll im Folgenden nicht thematisiert werden. Denn offenbar ist das Problem der linksmotivierten Übergriffe auf Behörden, Organisationen und Andersdenkende mit dem Extremismusbegriff nicht vollständig zu erfassen: 8.673 linksmotivierte Straftaten zählten die Sicherheitsbehörden 2013, davon wurden jedoch nur knapp über die Hälfte (4.491 Taten) als extremistisch bewertet (dagegen knapp 97 % der rechtsmotivierten Delikte).<sup>1</sup> Daher wird in diesem Text nicht von der extremistischen, sondern von der militanten Linken die Rede sein – ein Begriff, der im Gegensatz zu „extremistisch“ als Selbstbezeichnung in dem betreffenden Personenkreis dient.

In der Wissenschaft spielt die militante Linke bisher kaum eine Rolle. Eine Auswertung der Bestände der 20 größten deutschen Universitätsbibliotheken ergab 2013, dass ungefähr zwölfmal so viele Bücher über rechte wie über linke antidemokratische Gruppierungen vorhanden waren. Von den wenigen Texten über linke Strömungen befassten sich wiederum nur etwa 14 % mit der militanten Linken.<sup>2</sup> Wer also ist die militante Linke? Aus wie viel Personen setzt sie sich zusammen? Welche Gefahren gehen von ihr aus? – Diese Fragen blieben bisher unbeantwortet, und aufgrund des Mangels an empi-

rischen Arbeiten kann auch dieser Text nur als Annäherung an das Phänomen verstanden werden.

### PERSONENPOTENZIAL

Der Verfassungsschutz bezifferte die Zahl „gewaltbereiter Linksextremisten“ in den vergangenen Jahren mit etwa 7.000 Personen (und verzeichnete langfristig einen deutlichen Anstieg). Die Zahl der „Linksextremisten“ insgesamt lag bei etwa 28.000 Personen.<sup>3</sup> Beide Angaben mögen im Hinblick auf die Aufgaben des Verfassungsschutzes zielführend sein. Geht es um die politische Bedeutung der militanten Linken, helfen sie nur bedingt. Die Verfassungsschutzämter stehen, was die Beobachtung linksorientierter Gruppen angeht, unter erheblichem Rechtfertigungsdruck und mussten sich für kritische Feststellungen schon mehrfach vor Parlamenten und Gerichten erklären.<sup>4</sup> Es ist daher davon auszugehen, dass zu den genannten knapp 7.000 Personen tatsächlich auch 7.000 nachvollziehbare Personaldatensätze vorliegen. Jedoch ist die Vorstellung, alle Aktivisten einer klandestin operierenden Szene wie der militanten Linken wären den Sicherheitsbehörden bekannt, schlicht abwegig. Außerdem stellt sich die Frage, ob bei politisch motivierten Gewalttätern eine Unterscheidung von extremistischen und nicht-extremistischen Tätern sinnvoll ist.

Bei einer Solidaritätskundgebung für das Hamburger Autonome Zentrum Rote Flora im Dezember 2013 zählte die Polizei ca. 7.300 Teilnehmer, davon bis zu 4.700 „gewaltbereite“.<sup>5</sup> Es kam zu den schwersten Ausschreitungen seit etwa 20 Jahren. Insgesamt wurden etwa 170 Beamte verletzt.<sup>6</sup> Aber weder alle 7.300 Teilnehmer noch alle 4.700 Militanten warfen Steine oder prügeln auf Polizisten ein, sondern lediglich eine kleine Minderheit. Die Zahl derer, die selbst Gewalt anwenden, ist gering. Aber es gibt eine sehr viel größere Gruppe von Menschen, die sich mit den Straftätern solidarisieren. Nicht jeder fühlt sich körperlich oder psychisch in der Lage, die direkte Konfrontation mit der Polizei zu suchen, viele scheuen die Strafverfolgung oder sorgen sich um ihre spätere Karriere. Trotzdem unterstützen diese Personen die Gewalttäter, indem sie ihnen einen Rückzugsraum in der Masse bieten, indem sie Polizeibeamte ablenken oder bei Festnahmen behindern. Ohne diesen großen Unterstützerkreis könnten die Gewalttäter auf Demonstrationen nicht agieren. Insofern dürfen nicht nur diejenigen zur militanten Linken gezählt werden, die selbst Straftaten begehen, sondern auch alle Personen, die sich durch ihre Anwesenheit oder sympathisierende Äußerungen mit linken Straftätern solidarisieren.

Um wie viele Personen es sich bei diesem Personenkreis handelt, weiß niemand genau. Es gibt keine Statistik, keine Untersuchungen. Es lassen sich lediglich grobe Schätzungen anhand von Erfahrungswerten vornehmen. Als Basis fungiert im Folgenden die militante Linke Hamburgs. Sie gilt als eine der größten derartigen Szenen Deutschlands, was vor allem auf die hohe Einwohnerzahl im Ballungsraum zurückzuführen ist. Aber auch in erheblich kleineren Städten wie Leipzig, Freiburg oder Göttingen lässt sich ein, auf die Einwohnerzahl betrachtet, ähnliches Potenzial beobachten – was sich etwa am Aufkommen entsprechender Straftaten erkennen lässt.<sup>7</sup>

Der Hamburger Verfassungsschutz zählt in seinem Bericht 2013 insgesamt 620 „gewaltorientierte Linksextremisten“, relativiert aber gleichzeitig, das Mobilisierungspotenzial der Szene umfasse „zusätzlich mehrere Hundert Personen.“<sup>8</sup> Tatsächlich liegen die Teilnehmerzahlen

bei Demonstration erheblich höher als der hier angegebene Wert. Im Falle unangekündigter polizeilicher Maßnahmen gegen linke Zentren oder gegen Einzelpersonen aus der Szene kam es in der Vergangenheit in den Abendstunden desselben Tages regelmäßig zu unangemeldeten Aufzügen mit Teilnehmerzahlen zwischen 800 und 1.000 Personen. Dabei handelt es sich offenbar um den aktivsten, schnell mobilisierbaren Kern der Szene. Gleichzeitig begannen die Aktivisten in den meisten Fällen mit der Mobilisierung für eine angemeldete (oder noch anzumeldende) Großdemonstration für das folgende Wochenende. Bei diesen Kundgebungen wurden Teilnehmerzahlen von 2.000 bis 3.000 Personen erreicht.<sup>9</sup> Dabei handelt es sich – den Mobilisierungsaufrufen nach zu urteilen – hauptsächlich um Teilnehmer aus der Region. Zwar sind bei diesen Demonstrationen auch stets kleinere Gruppen aus benachbarten Städten anwesend, im Hinblick auf die Masse der Teilnehmer stellen sie jedoch eine geringe Zahl dar. Erst wenn die Szene einige Wochen Zeit und ein entsprechendes Thema gefunden hat, ist sie in der Lage, bundesweite bzw. internationale Großdemonstrationen mit mehr als 5.000 Teilnehmern zu organisieren. Die 7.300 Personen, die am 21. Dezember 2013 gezählt wurden, waren dabei sehr wahrscheinlich nicht das potenzielle Maximum. Denn die Räumungsandrohung des Hauseigentümers – die als Hauptgrund für die Mobilisierung galt – basierte auf keiner gerichtlichen Entscheidung, was auch den Besetzern bewusst gewesen sein muss. Da die Teilnahmebereitschaft bei ernststen Räumungsszenarien deutlich höher einzustufen ist, sind bei Demonstrationen in Großstädten Teilnehmerzahlen von über 10.000 realistisch.

Für eine Schätzung des bundesweiten Mobilisierungspotenzials eignet sich die regionale Mobilisierungsgröße von 2.000 bis 3.000 Aktivisten. Unstreitig stellt die Hansestadt eine Metropole dar, die Aktivisten aus den umliegenden Orten in Niedersachsen und Schleswig-Holstein einbindet. Daher lässt sich nicht einfach die Einwohnerzahl des Stadtgebiets als Grundlage für die Umrechnung nehmen. Realistischer erscheint die Hinzuziehung der Bevölkerungszahl der Metropolregion, welche die genannten Randgebiete einschließt und mit

derzeit etwa 5 Millionen Einwohnern beziffert wird.<sup>10</sup> Angenommen, die übrigen Regionen der Bundesrepublik wiesen ein ähnliches Mobilisierungspotenzial auf, läge die Gesamtzahl militanter Linker in Deutschland somit zwischen 30.000 und 40.000 Personen. Dabei handelt es sich, wie bereits angedeutet, keineswegs ausschließlich um Extremisten und Gewaltbereite und ebenfalls nicht allein um Personen, die gewohnheitsmäßig Straftaten begehen, sondern um Personen, die Gewaltbereite und Straftäter vor allem mit legalen Mitteln unterstützen.

Es gibt Hinweise darauf, dass sich das Personenpotenzial in den letzten Jahren erhöht haben könnte, z. B. der Anstieg der Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen. Diese gehören zu den wenigen belastbaren Daten, die über die linke Szene bekannt sind, denn sie lassen sich relativ simpel und ohne Kooperation der Betroffenen erheben und im Nachhinein anhand von Fotos verifizieren. Bei den größten Kundgebungen in Hamburg nach der Jahrtausendwende (anlässlich der Räumung des Bauwagenplatzes „Bambule“ 2002/03 und des Asia-Europe-Meetings ASEM im Vorfeld des G7-Gipfels 2007) wurden lediglich Teilnehmerzahlen von bis zu 5.000 Personen erreicht.<sup>11</sup> Die Demonstration vom 21. Dezember 2013 mit weit über 7.000 Teilnehmern (die Veranstalter sprechen von über 10.000)<sup>12</sup> ist daher als großer Mobilisierungserfolg der Szene anzusehen.

Auch die Zahlen von Polizei und Verfassungsschutz deuten auf einen Anstieg. So wuchs laut Verfassungsschutz die Zahl „gewaltbereiter Linksextremisten“ im Zeitraum von 2005 bis 2012 um knapp 30 % von 5.500 auf 7.100 Personen.<sup>13</sup> Gleichzeitig verzeichneten die Polizeibehörden einen deutlichen Anstieg der Straftaten. Nach der Polizeistatistik über politisch motivierte Kriminalität (KPM-D-PMK) waren nach der Jahrtausendwende „nur“ 3.500 bis 4.500 linksmotivierte Straftaten pro Jahr zu verzeichnen, von 2009 bis 2012 jedoch zwischen 7.000 und 9.400 Delikte.<sup>14</sup> Allerdings liefern diese Zahlen keinen Beleg für das personelle Anwachsen linker Szenen, sondern lediglich für eine gestiegene Aktionsbereitschaft. Sicher ist dagegen, dass das Mobilisierungspotenzial größer geworden und daher auch in Zukunft mit hoher Aktivität militanter Gruppen zu rechnen ist.

## IDEOLOGISCHE ZUSAMMENSETZUNG

Die ideologischen Strömungen im militanten Spektrum sind weitgehend bekannt. Ihr kleinster gemeinsamer Nenner ist das Streben nach Herrschaftsfreiheit. In einem nebulösen gesellschaftlichen Endzustand sollen alle Menschen gleich an Rechten und Wohlstand sein. Es darf keine Polizei geben, keine Abgeordneten, keine Gerichte und keine Gesetze, weil all dies mit dem Gedanken der Herrschaftsfreiheit unvereinbar wäre. Unterschiedliche Auffassungen existieren innerhalb der militanten Linken über die Frage, wie dieser Endzustand zu erreichen ist. Es haben sich daher verschiedene Strömungen herausgebildet.

Die größte definierbare Gruppe ist nach wie vor die der Autonomen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ordnete ihnen im vergangenen Jahr ca. 6.100 Personen von den insgesamt etwa 6.900 „gewaltbereiten Linksextremisten“ zu, während die übrigen Strömungen lediglich einige Hundert Personen ausmachen.<sup>15</sup> Ideologisch betrachtet gehören die Autonomen zu den Anarchisten. Sie setzen auf eine „Freiraumstrategie“, mit der sie einen geographischen Raum von allen staatlichen und gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen abkoppeln möchten. Ein Autonomes Zentrum ist ein Ergebnis dieser Überlegungen. In diesen oftmals besetzten Häusern sollen alternative Gesellschaftsmodelle erdacht, erprobt und gelebt werden. Die Zentren agieren im wahrsten Sinne des Wortes autonom. Übergeordnete Strukturen gibt es nicht.<sup>16</sup>

Anders ist dies bei den Anarchosyndikalisten. Sie zählen zwar ebenfalls zu den Anarchisten. Im Gegensatz zu den Autonomen setzen sie jedoch auf internationale gewerkschaftliche Strukturen, deren Untergliederungen sie „Syndikate“ nennen. Den gesellschaftlichen Wandel wollen sie über Arbeitskämpfe erreichen und befürworten dazu (illegale) Streiks, Sabotage und organisierten Boykott. Ihre Organisationsstrukturen versetzen Anarchosyndikalisten in die Lage, effektiver zu planen als die Autonomen. Wer etwa einen Blick auf den Aufruf zur gewaltsamen Antikapitalismus-Demonstration vom 31. März 2012 in Frankfurt am Main wirft, wird feststellen, dass die Gruppen größtenteils dem anarchosyndikalistischen Spektrum zuzurechnen waren.<sup>17</sup>

Während Autonome und Anarchosyndikalistinnen weitgehend konfliktfrei zusammenarbeiten, kommt es mit anderen Strömungen immer wieder zu Streitigkeiten – vor allem mit den Antimperialisten. Sie stellen ideologisch betrachtet eine marxistisch-kommunistische Strömung dar, werden jedoch von einigen Landesverfassungsschutzämtern aufgrund ihres Erscheinungsbildes den Autonomen zugeordnet. Tatsächlich ähneln die jugendlichen „Antiimps“ den Autonomen in Bekleidung und Auftreten. Jedoch beziehen sich die Antimperialisten ausdrücklich auf kommunistische Ideologien und Diktaturen und singen vor Demonstrationen auch schon mal die „Internationale“. Insofern ist es sinnvoll, die Antimperialisten als eigenständige politische Strömung aufzufassen. Und tatsächlich bestehen zwischen ihnen und anderen linken Gruppen häufig unüberbrückbare ideologische Differenzen.

Noch deutlicheren Bezug auf marxistische Thesen nehmen die Trotzlisten. Sie setzen im Grunde auf die Strategie des „Entrismus“ und versuchen, den gesellschaftlichen Wandel über Engagement in etablierten linksradikalen Parteien und Organisationen zu erreichen. Wie aber den Songtexten des trotzlistischen Rappers „Holger Burner“ zu entnehmen ist, solidarisieren sich auch Trotzlisten mit Gewalttätern. In seinem Text „Ketten zerreißen“ erklärt Burner, er wolle „Uzis“ [Maschinenpistolen; Anm. d. Red.] verteilen, um „die Chefs aller Banken“ zu lynchen, er wolle Nazis „blau“ schlagen und Wolfgang Schäuble körperlich misshandeln. Zahlenmäßig stellen Trotzlisten im linken Spektrum jedoch eine kleine Minderheit dar, ebenso wie die Antideutschen.

Antideutsche fordern, als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus müsse jede Form deutscher Identität zerstört werden. Ihr Spektrum ist proisraelisch ausgerichtet, was zu Konflikten mit dem übrigen Teil der Szene, vor allem den propalästinensischen Antimperialisten führt. Die Mehrheit der militanten Linken lehnt die Existenz von Nationalstaaten grundsätzlich ab und reagiert daher skeptisch bis feindselig, wenn Antideutsche mit Israelfahnen oder Fahnen der Alliierten des Zweiten Weltkriegs auf Demonstrationen erscheinen. Zwischen Antideutschen und Antimperialisten kam es in den vergan-

gen Jahren daher mehrfach zu körperlichen Auseinandersetzungen.<sup>18</sup>

Autonome, Anarchosyndikalistinnen, Antimperialisten, Antideutsche und Trotzlisten sind die fünf ideologischen Hauptströmungen im militanten Spektrum. Über die Zusammensetzung eines militanten Demonstrationszuges lassen sich dennoch nur vage Aussagen treffen, denn Militante füllen keine Fragebögen zu ihren politischen Prämissen aus. Es lassen sich aber auch in diesem Bereich Schätzungen vornehmen. Da sich die Szene in Hamburg, anders etwa als in Berlin, auf vergleichsweise engem Raum zusammenfindet, neigt sie dazu, sich in ihre ideologischen Strömungen aufzuspalten. So gibt es mit der Roten Flora nicht nur ein Zentrum der Autonomen, sondern ebenso Zentren der Antimperialisten und der Anarchosyndikalistinnen. Laut Verfassungsschutz beläuft sich die Zahl der Autonomen in Hamburg zurzeit auf etwa 470 Personen, die der Antimperialisten auf ca. 100 und die der Anarchosyndikalistinnen (und übrigen Anarchisten) auf ungefähr 50 Personen.<sup>19</sup> Insgesamt lassen sich damit also nur knapp 600 Personen zuordnen. Es ist folglich davon auszugehen, dass sich ein erheblicher Teil der Versammlungsteilnehmer nicht in eine der ideologischen Kategorien einordnen lässt, sondern sich vielmehr als diffus links versteht. Das dürfte zu weiten Teilen auch auf den Personenkreis zutreffen, der nach Anlässen wie dem 1. Mai oder dem Schanzenviertelfest von Medien und Politik als „unpolitische Randalierer“ tituliert wird. Trotzdem gilt für diese Personengruppe: Selbst wenn für einige der Adrenalinrausch im Vordergrund steht, so sind ihre Taten hochpolitisch und sie machen sich durch sie zum Werkzeug der ideologisch geprägten Militanten.

## BEDROHUNGSPOTENZIAL

Die Akzeptanz von Gewalt als politischem Mittel ist ein wesentlicher Teil des Selbstverständnisses der militanten Linken. Dabei betonen die Akteure, Militanz und Gewalt dürften nicht gleichgesetzt werden. Der Begriff „Gewalt“ wird ausschließlich verwendet, sofern sich die Tat unmittelbar gegen die körperliche Unversehrtheit von Menschen richtet (und nicht gegen Eigentum). Unter Militanz verstehen die Aktivistinnen dagegen die politisch motivierte Be-

reitschaft, gegen Rechtsnormen und gesellschaftliche Regeln des menschlichen Miteinanders zu verstoßen. Daraus lässt sich allerdings keineswegs schließen, dass die militante Linke Gewalt gegen Menschen ablehnt. Tatsächlich halten die Militanten sie für ein legitimes Mittel der Politik und bringen das Thema immer wieder in den Szeneforen zur Sprache. Dabei hat sich ein inoffizielles Reglement herausgebildet: Erstens soll für eine „verantwortungsvolle Durchführung militanter Aktionen“ die „unbedingte Nichtgefährdung von Unbeteiligten“<sup>20</sup> gewährleistet sein. Zweitens sollen Gewalttaten nicht zu schweren Verletzungen oder gar zum Tode führen.<sup>21</sup>

Allerdings sind diese Regeln keineswegs eherne Grundsätze, die von allen Aktivisten zu jeder Zeit an jedem Ort beachtet werden. Es handelt sich um eine Mehrheitsmeinung, die immer wieder in Frage gestellt wird. Im Frühjahr 2013 diskutierten etwa die Autoren der Autonomenzeitschrift *Interim* die Frage, ob Schusswaffen gegen politische Gegner eingesetzt werden dürften. Immerhin: Die Mehrheit sprach sich dagegen aus.<sup>22</sup> Dennoch handelt es sich um keinen Einzelfall. Immer wieder zeigt das militante Spektrum Tendenzen, verfeindeten Gruppen oder Staatsvertretern das Menschsein abzusprechen – etwa wenn in Anlehnung an Ulrike Meinhof Polizisten als Schweine bezeichnet werden. Nach der gewalttätigen Demonstration vom 21. Dezember 2013 bekannte eine Autorengruppe auf dem Portal „Linksunten“: „Ein Stoßtrupp Pigs, der durch eine Benzinalache rennt und dabei einen Molli fängt, wäre aber doch zu schön ...“<sup>23</sup> Vor allem Antiimperialisten stellen den Szenekonsens durch ihren Verbalradikalismus immer wieder in Frage. So posierten Mitglieder der „Roten Szene Hamburg“ 2012 im Vorfeld einer rechtsextremen Demonstration in einem Internetvideo mit Baseballschlägern und einer Schusswaffe und erklärten: „Die Jagdsaison ist eröffnet!“<sup>24</sup>

Die große Mehrheit der Militanten lehnt tödliche Aktionsformen in der Theorie ab, in der Praxis wird dieser Vorsatz immer wieder vergessen. In den vergangenen Jahren gab es wiederholt Angriffe, bei denen der Tod des Gegenübers billigend in Kauf genommen wurde. Im Dezember 2009 wurden bei einem Brand-

anschlag auf die Polizeiwache 16 in Hamburg aus nächster Nähe Steine auf unbehelmte Polizeibeamte geworfen.<sup>25</sup> Im Januar 2011 kam es zu einem Brandanschlag auf eine Polizeiwache in Berlin.<sup>26</sup> Im Januar 2012 wurde in Magdeburg bei Auseinandersetzungen eine Betonplatte aus dem 5. Stock auf Polizeibeamte geworfen.<sup>27</sup>

Aufmerksamkeit erfährt die Szene vor allem durch militante Großdemonstrationen. Aber trotz gelegentlicher verbaler Überreaktionen sind sich die meisten Aktivisten bewusst, dass sie einen revolutionären Umsturz nicht allein über den Straßenkampf herbeiführen können. Um es mit den Worten eines Aktivisten zu sagen: „Ich hoffe, dass klar ist, wenn jemals so ein Szenario entstehen würde, dass die Polizei das Stadtgebiet verlässt, die Bundeswehr an ihrer Stelle zurückkommt.“<sup>28</sup> Aber mit „Riots“ können die Militanten der Gesellschaft großen finanziellen Schaden zufügen. Sie sind in der Lage, einzelne staatliche Projekte zu verhindern und nebenbei eignen sich derartige Anlässe, um neue Aktivisten zu rekrutieren.

Während viele gewalttätige Demonstrationen in den Medien thematisiert werden, wird vergessen, dass von der militanten Linken auch eine permanente Bedrohungslage ausgeht. Im ersten Halbjahr 2014 lassen sich allein durch Medienrecherche über 300 Anschläge und Übergriffe ausmachen.<sup>29</sup> Dabei dürfte die tatsächliche Zahl weitaus höher liegen. Denn erstens werden viele Delikte nicht zur Anzeige gebracht, weil die Betroffenen kein Vertrauen in die Polizei haben. Und zweitens werden linke Übergriffe in vielen Fällen nicht öffentlich thematisiert. Beispielsweise waren im Zuge des Europawahlkampfes 2014 knapp 20 Angriffe gegen Funktionäre der rechtsextremen NPD zu verzeichnen – darunter auch mehrere Körperverletzungen und Brandanschläge – berichtet wurde nur über einen geringen Teil der Taten.<sup>30</sup>

Keineswegs werden ausschließlich Rechtsextremisten Opfer derartiger Übergriffe. Weil die rechtsextreme Szene in den meisten Großstädten kaum Angriffsfläche bietet, erweitert die militante Linke ihren Wirkungskreis auf Akteure des demokratischen Spektrums. Während des Bundestagswahlkampfes 2013 entwickelte sich die Partei „Alternative für Deutschland

(AfD)“ zu einem der Hauptziele. Neben Sachbeschädigungen an Hunderten von Plakaten waren auch Angriffe auf Infostände bis hin zu einem körperlichen Angriff auf den Vorsitzenden während einer öffentlichen Veranstaltung zu beklagen.<sup>31</sup> Auch die Bundeswehr und Studentenverbindungen sind häufig von gewalttätigen Aktionen betroffen. Allein bei dem Anschlag am 26. Juli 2013 auf die Kaserne in Havelberg / Magdeburg, bei dem 16 Fahrzeuge zerstört wurden, entstand Sachschaden in zweistelliger Millionenhöhe. Der Convent Deutscher Akademikerverbände (CDA) zählte in einer Dokumentation allein für das Jahr 2011 insgesamt 144 Übergriffe auf Studentenverbindungen, davon 13 Brandstiftungen.<sup>32</sup> Und auch vor Parteien wie der SPD und den Grünen machen die Militanten nicht mehr Halt. Im ersten Halbjahr 2014 waren 17 Angriffe auf SPD-Zentralen und führende Parteimitglieder zu verzeichnen, dazu 7 Angriffe auf Parteibüros der Grünen.<sup>33</sup>

Das Bundesamt für Verfassungsschutz gelangte bereits 2012 zu dem Schluss, das Gefahrenpotenzial der militanten Linken sei in qualitativer Hinsicht „spürbar angestiegen“. <sup>34</sup> Dafür lassen sich tatsächlich einige Anhaltspunkte ausmachen. Gerade im Bereich der verwendeten Mittel sind in den vergangenen Jahren gravierende Veränderungen festzustellen. Das gilt etwa für die häufig verwendeten „Polen-Bölller“: Die über das Internet ganzjährig zu beziehenden Knallkörper verfügen über ein Vielfaches an Sprengkraft der in Deutschland erlaubten Silvesterknaller und stellen ein zusätzliches Risiko für Polizisten und politische Gegner dar. Auch Laserpointer, mit denen schwere Augenverletzungen verursacht werden können, wurden bereits vereinzelt auf Demonstrationen gegen Polizeibeamte eingesetzt.<sup>35</sup> Im Bereich der klandestinen Aktionen ist der Einsatz von Gaskartuschen als bedrohliche Entwicklung einzustufen. Diese Gaskartuschen-Brand-Sprengsätze werden in Deutschland seit 2009 von militanten Gruppen genutzt. Entsprechende Bau- und Nutzungsanleitungen wurden in den Szenezeitschriften „Radikal“ und „Interim“ veröffentlicht.<sup>36</sup> Selbst ohne pyrotechnische Kenntnisse lässt sich formulieren, dass der Einsatz von Gaskartuschen das Risiko schwerster Personenschäden birgt. Im Dezember 2013 wur-

den in Göttingen gleich drei dieser Brandsätze gelegt, u. a. am Privatfahrzeug eines Polizeibeamten.<sup>37</sup>

Worauf ist der Anstieg des Gefahrenpotenzials zurückzuführen? Die neuen Kommunikationswege verändern die Rahmenbedingungen. Während Anleitungen zum Bau von Brandsätzen in den Achtzigern nur im Zentrum der Szene kursierten, sind sie heute für Jedermann ohne großen Aufwand im Internet einzusehen. Anonyme Foren ermöglichen auch den radikalsten Gruppen, ihre Thesen zu verbreiten. Militante prahlen mit Anschlägen, teilweise liefern sie sich auf einschlägigen Internetseiten geradezu Wettbewerbe, wer die meisten und effektivsten Angriffe ausübt.<sup>38</sup>

Auch der Zuwachs an Demonstrationsteilnehmern lässt sich zumindest teilweise auf die effektive Mobilisierung über das Internet zurückführen. Die militante Linke zeichnete sich in der Vergangenheit durch eine starke regionale Prägung aus, was vor allem auf die begrenzten Kommunikationsmöglichkeiten zurückzuführen war. Die Szene war nie technikfeindlich. Jedoch überwog die Skepsis, ob das Netz nicht mehr Gefahren berge als Nutzen biete. Die intensive Nutzung des Internet begann erst sukzessive nach der Jahrtausendwende. Zwar ist die lokale Szene weiterhin der wichtigste Bezugspunkt, jedoch stieg mit der Vernetzung die Bereitschaft, linke Gruppen in anderen Städten und Staaten zu unterstützen. Diese Entwicklung wurde durch die Antiglobalisierungsbewegung, die Öffnung der europäischen Grenzen, den wirtschaftlichen Aufschwung in Mittel- und Osteuropa und die Finanzkrisen der letzten Jahre begünstigt.

## FAZIT

Jede politische Bewegung verzeichnet Phasen des Aufschwungs und Phasen der Ernüchterung. Zum jetzigen Zeitpunkt deutet einiges darauf hin, dass es der militanten Linken gelungen ist, die Schwächephase der vergangenen Jahre zu überwinden und für eine deutliche Zunahme ihres Gefahrenpotenzials zu sorgen. Aufgrund technischer Neuerungen ist die Szene in der Lage, effektiver zu mobilisieren und mehr Aktivisten auf die Straße zu bringen als dies noch vor zehn Jahren der Fall war. Ihre Vernetzung hat zur Folge, dass sie sich gegenseitig zu drasti-

scheren Taten ermutigen und die dafür notwendigen Mittel ohne großen Aufwand beschaffen oder herstellen können. Mit dem Einsatz von Gasaki-Sprengsätzen oder Überlegungen zum Einsatz von Schusswaffen bewegen sich einzelne Gruppen an der Grenze zum Terrorismus.

Es gibt (noch) keinen Grund für Dramatisierungen, denn die Schlagkräftigkeit der militanten Szene liegt noch weit hinter der der Achtzigerjahre zurück. Dennoch wäre es fatal, ihr Gefahrenpotenzial zu unterschätzen. Mit Anschlägen, Übergriffen und Ausschreitungen übt sie bereits heute einen Einfluss auf die politische Willensbildung aus, der ihr nach demokratischen Maßstäben nicht zusteht. Die militante Linke stellt einen Faktor im politischen System dar, der weder von der Wissenschaft noch von Politik und Gesellschaft in ausreichendem Maße Beachtung erfährt.

#### || DR. KARSTEN DUSTIN HOFFMANN

Politikwissenschaftler und freier Publizist,  
Hamburg

#### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Kriminalpolizeilicher Meldedienst Politisch Motivierte Kriminalität (KPM-D-PMK) 2013, zitiert nach Bundesministerium des Innern: Zahlen zur Politisch motivierten Kriminalität, Berlin 2013.
- <sup>2</sup> Stattdessen dominiert die Auseinandersetzung mit der Linkspartei, der DKP, der RAF oder dem historischen Kommunismus; vgl. BiblioLinX-Studie 2013, Zusammenfassung der Ergebnisse: Freudenberg, André / Hoffmann, Karsten Dustin / Strüning, Felix: Der Schwarze Block und die Gesellschaft, in: Politische Studien 453/2014, S. 53 ff.
- <sup>3</sup> Vgl. Verfassungsschutzberichte des Bundes 2008-2013.
- <sup>4</sup> Etwa im Hinblick auf die Erwähnung der Partei „Die Linke“ oder die Musikgruppe „Feine Sahne Fischfilet“.
- <sup>5</sup> Polizei Hamburg: Pressemitteilung vom 21.12.2013, <http://www.presseportal.de/polizeipresse/pm/6337/2626510/pol-hh-131222-1-demonstrationen-in-hamburg>, Stand: 23.12.2013.
- <sup>6</sup> Geldspende für verletzte Polizisten, in: Die Welt, 11.2.2014.
- <sup>7</sup> Vgl. Bibliographie zur Linksextremismusforschung: Anschläge und Übergriffe 2014, <http://bibliolinx.wikispaces.com/Linksextremistische+Anschl%C3%A4ge+und+%C3%9Cbergriffe+2014>, Stand: 18.7.2014.
- <sup>8</sup> Verfassungsschutzbericht Hamburg 2013, S. 87.
- <sup>9</sup> Eigene Schätzungen.
- <sup>10</sup> <http://www.hamburg.de/metropolregion/>, Stand: 18.7.2014.
- <sup>11</sup> Über 4.000 bei Demo gegen den Hamburger Senat, in: de.indymedia.org, <http://de.indymedia.org/2002/11/35781.shtml>, Stand: 17.7.2014; Verstimmung im „Team Green“, in: taz.de, <http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2003/03/31/a0005>, Stand: 17.7.2014; Demonstranten klagen gegen „Wanderkessel“, in: Welt.de, <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article907480/Demonstranten-klagen-gegen-Wanderkessel.html>, Stand: 17.7.2014.
- <sup>12</sup> Polizei greift große Solidaritätsdemonstration mit über 10.000 Menschen an, <http://florableibt.blogspot.de/2013/12/22/polizei-greift-grosse-solidaritaetsdemonstration-mit-ueber-10-000-menschen-an-2/>, Stand: 17.7.2014.
- <sup>13</sup> Vgl. Verfassungsschutzberichte des Bundes 2005 bis 2012.
- <sup>14</sup> Kriminalpolizeilicher Meldedienst Politisch Motivierte Kriminalität. Zahlen für 2012, zitiert nach Bundesministerium des Innern: Zahlen zur Politisch motivierten Kriminalität.
- <sup>15</sup> Verfassungsschutzbericht Bund 2013, S. 140.
- <sup>16</sup> Eine umfassendere Darstellung der ideologischen Strömungen findet sich unter: Gedenkstätte Hohenschönhausen: Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute, Berlin 2013.
- <sup>17</sup> <http://march31.net/de/demo/>, Stand: 18.7.2014.
- <sup>18</sup> Vgl. Calla, Cécile: La diffusion d'un film de Claude Lanzmann sur Israël dégenère, in: Le Monde, 12.11.2009.
- <sup>19</sup> Verfassungsschutzbericht Hamburg 2013, S. 86-111.
- <sup>20</sup> Vgl. Counter-Aktion des Monats, in: Zeck 50, 6/1996, S. 4.
- <sup>21</sup> Vgl. auch Pfahl-Traughber, Armin: Die Autonomen. Portrait einer linksextremistischen Subkultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9-10/98, S. 36-46 hier, S. 44; Mletzko, Matthias: Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei militanten Autonomen Gruppen, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie Bd. 11, hrsg. von Uwe Backes und Eckhard Jesse, Baden-Baden 1999, S. 180-199, hier S. 198 f.
- <sup>22</sup> Solidarität kennt keine Grenzen! / Vierzig, in: Interim 749/2013, S. 18-21.
- <sup>23</sup> Über HH2112 und eine militante Zukunft auf der Straße, <https://linksunten.indymedia.org/de/node/102828>, Stand: 5.1.2014.
- <sup>24</sup> <http://vimeo.com/42566383>, Stand: 15.7.2014.
- <sup>25</sup> Vgl. Verfassungsschutzbericht Hamburg 2009, S. 124 f.
- <sup>26</sup> Vgl. Linksautonome bekennen sich zu Brandanschlag auf Polizeiwache, in: Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/berlin-linksautonome-bekennen-sich-zu-brandanschlag-auf-polizeiwache-a-756770.html>, Stand: 17.7.2014.

- <sup>27</sup> Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 2012, S. 180.
- <sup>28</sup> <https://linksunten.indymedia.org/de/node/102039#comment-94085>, Stand: 17.6.2014.
- <sup>29</sup> Vgl. Bibliographie zur Linksextremismusforschung: Anschläge und Übergriffe 2014, <http://bibliolinx.wikispaces.com/Linksextremistische+Anschl%C3%A4ge+und+%C3%9Cbergriffe+2014>, Stand: 15.7.2014.
- <sup>30</sup> Ebd.
- <sup>31</sup> Ebd.
- <sup>32</sup> Gewalt gegen Korporationen, Pressemitteilung vom 31.5.2012, hrsg. vom Convent Deutscher Akademikerverbände; vgl. auch Ders. (Hrsg.): Gewalt gegen Korporationen. Eine Dokumentation über das Jahr 2010, Essen 2011.
- <sup>33</sup> Vgl. Bibliographie zur Linksextremismusforschung: Anschläge und Übergriffe 2014.
- <sup>34</sup> Verfassungsschutzbericht des Bundes 2012, S. 155.
- <sup>35</sup> So etwa am 21.12.2013 in Hamburg. Eine Beamtin erlitt eine Augenverletzung; vgl. Geldspende für verletzte Polizisten, in: Die Welt, 11.2.2014.
- <sup>36</sup> Interim 701, 11.12.09, Radikal 162/2010.
- <sup>37</sup> Polizei Göttingen: Pressemitteilung 968/2013 vom 30.12.2013, <http://www.presseportal.de/polizeipresse/pm/7452/2629850/pol-goe-968-2013-nach-versuchtem-brandanschlag-selbstbeichtigungsschreiben-im-internet-aufgetaucht>, Stand: 30.12.2013.
- <sup>38</sup> Vgl. Polizeibericht Berlin 2013, S. 37.